Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 168. **Montag, 22. Juli 1929, abends.** **82. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne [illegible] gebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ernst oder Drohung?

Man hat das Gefühl, daß die beiden Gegner in Ostasien, Rußland und China, beide geglaubt haben, durch starke Gesten Erfolge zu erringen, ohne daß doch erfreulicherweise die Absicht besteht, zur ultima ratio nicht nur der Königreiche, sondern auch der Republiken zu greifen. Rußland sowohl wie China sind ihrer inneren Struktur nach augenblicklich kaum in der Lage, sich auf ein Abenteuer einzulassen, dessen Ausgang für die hüben wie drüben keineswegs sehr gefestigten Regierungssysteme höchst bedenklich sein muß. Nachdem durch Notenaustausch und den von Rußland durchgeführten Abbruch der Beziehungen von Staat zu Staat gehandelt worden ist, wobei sich auf chinesischer Seite eine merkwürdige Unsicherheit in der Stellungnahme ergeben hat, die auf Meinungsverschiedenheiten in der Nanking-Regierung hindeutet, hat nun Amerika einen der zur Kriegsverhinderung bestimmten großen Apparate in Bewegung gesetzt. Washington erinnert daran, daß beide Länder, was sie im Augenblick anscheinend vergessen zu haben scheinen, den Kelloggpakt, d. h. den Verzicht auf kriegerische Austragung ihrer Gegensätze unterzeichnet haben. Vielleicht bietet dieser Schritt den innerlich von beiden Ländern sicherlich herbeigewünschten äußeren Anlaß zur Aufnahme von Verhandlungen. China befindet sich bei solchen Verhandlungen in der immer sehr verteilhaften Lage, das Verhandlungsobjekt, d. h. die ostchinesische Bahn fest in der Hand zu haben. Allerdings hat Rußland durch Einstellung des Verkehrs diese Bahnlinie praktisch stark entwertet und hat ihre weitere Lahmlegung als internat. Verkehrsmittel in der Hand. Hier schieben sich nun die japanischen Interessen dazwischen. Japan verfügt über die südchinesische Bahn, die von Charbin über Mukden nach Port Artur führt. Diese Bahnstrecke hat ihre Bedeutung eben durch den Anschluß an die große internationale Linie. Rußland ist auf der anderen Seite letzten Endes nicht auf die Ostbahn angewiesen, um nach Wladiwostok zu kommen. Rußland hat im großen Amurbogen die Linie Tschita—Charbarowsk—Nikolsk in Betrieb. Japan ist also der unumgänglich dritte Partner im Spiel. Japan hat stärkstes Interesse daran, daß die ostchinesische Bahn wieder als Durchgangsstrecke funktioniert, es hat andererseits auch ein Interesse daran, daß ein neues Abkommen zwischen China und Rußland nicht das Abkommen zwischen China und Japan über die Mukden-Bahn beeinflußt, bei welchem Japans Stellung ähnlich der Stellung Rußlands an der Ostbahn sich darstellt. Einigermaßen grotesk mutet die nicht nur in Rußland von der kommunistischen Internationale aufgezogene Propaganda an, in welcher Chinas Vorgehen als kapitalistischer Vorstoß gegen den Sowjetstaat der Arbeiter gebrandmarkt wird. In Wirklichkeit erntet Rußland die Früchte seiner eigenen Politik in China, die unter dem gleichen Demonstrationsschlagwort sich gegen den Chinas Selbständigkeit einengenden Imperialismus der Fremdmächte gewendet hat. Wenn China eine vom zaristischen Rußland auf seinem Gebiet gebaute Bahn jetzt in Besitz nimmt, so folgt es den „antiimperialistischen" Lehren des für die Befreiung der farbigen Völker kämpfenden Rußlands, wie Rußland sie vor kurzem noch mit den gleichen Fragen und Aufrufen zur internationalen Solidarität plakattert hatte. Die Geschichte liebt derartige schmerzliche Ironien.

Ein Appell an den Völkerbund.

)(Berlin. Die Liga für Menschenrechte bittet uns, folgendes zu verbreiten:

Die Zwischenfälle an den Grenzen zahlreicher Staaten im östlichen Europa und in Ostasien und die davon ausgehenden Bedrohungen des Friedens legen dem Völkerbund die Pflicht auf, sein Amt als Schlichter auszuüben, sowohl gegenüber Mitgliedern des Völkerbundes, wie auch gegenüber anderen Unterzeichnern des Kellogg-Paktes.

Wir rufen den Völkerbund an, seiner hohen Aufgabe bewußt zu sein und namentlich gemäß Artikel 11 seiner Satzung eine Initiative herbeizuführen. Der Wille der Völker drängt auf die Erfüllung der Friedensmission, die dem Völkerbund bei seiner Geburt auferlegt worden ist.

Indem wir dieses Telegramm veröffentlichen, rufen wir alle Parteien und Organisationen des Friedens auf, aus allen Ländern dem Völkerbund den Drang nach Frieden und kräftiger Initiative zur Schlichtung der Zerwürfnisse nahezubringen.

Deutsche Liga für Menschenrechte, e. V.
Deutsche Friedensgesellschaft.

Haag als Konferenzort?

)(Haag. Im Hinblick auf ausländische Blättermeldungen, wonach die Möglichkeit stark gewachsen sei, daß die diplomatische Reparationskonferenz anstatt in London im Haag abgehalten werden soll, erfährt der Vertreter des W. T. B. von hiesiger gut unterrichteter Seite, daß die niederländische Regierung von den in Betracht kommenden anderen Regierungen bisher noch keine Mitteilung oder Anfrage erhalten hat, die sich auf die Abhaltung der Konferenz im Haag oder in einer anderen Stadt der Niederlande bezieht. Sollte der niederländischen Regierung jedoch in den nächsten Tagen ein derartiger Vorschlag unterbreitet werden, so stehe zu erwarten, daß die niederländische Regierung keine Bedenken gegen die Abhaltung der Reparationskonferenz in Holland geltend machen werde.

Der Reparationsbericht.

vdz. Berlin. Der wiederum mit Spannung erwartete **Bericht des Reparationsagenten E. Parker Gilbert** ist am Sonnabend erschienen und der Oeffentlichkeit sofort unterbreitet worden. Bemerkenswert ist, daß diesmal die gleichzeitige Ausgabe des englischen und des deutschen Textes erreicht worden ist. Während bisher immer der englische Text zuerst erschien und dadurch die ausländische Presse einen Vorsprung in der Publikation erhielt, ist diesmal die deutsche Presse durch die gleichzeitige deutsche Ausgabe in die Lage gebracht worden, sofort den authentischen Text zu würdigen.

Wenn im Hinblick auf die besonders schwierige Finanzlage des Deutschen Reiches, der Länder und der Gemeinden und auf bevorstehende politische Beratung über den Youngplan dem vorliegenden Bericht mit besonderen Erwartungen entgegengesehen wurde, so kann zusammenfassend gesagt werden, daß der Bericht keine Sensation darstellt.

Der Bericht enthält äußerlich auf 188 Druckseiten die übliche Anordnung, die wir schon von den früheren Berichten des Generalagenten kennen, daß in neun Kapiteln die bisherigen Reparationszahlungen, die Transfer-Angelegenheiten, die Tätigkeit der Kommissare für die Reichsbank, die Reichsbahn und die verpfändeten Einnahmen sowie der Treuhänder für die Eisenbahnobligationen und die Industrie-Obligationen, ferner die Haushalte des Reichs, der Reichspost, der Länder und der Gemeinden, die öffentliche Schuld des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die Kreditlage und die Währung Deutschlands, der deutsche Außenhandel und die Wirtschaftslage Deutschlands besprochen werden.

Der Bericht umfaßt als Zwischenbericht über die Ausführung des Dawesplans die ersten neun Monate des 5. Annuitätsjahres vom 1. September bis zum 31. Mai 1929. Der Bericht würdigt die besonderen Etatsschwierigkeiten des Reiches und die Anspannung der Kassenlage in dem ersten Halbjahr 1929 und erkennt an, daß sich durch die Sondermaßnahmen der Reichsregierung letzthin eine Entspannung vollzogen hat.

An dieser Stelle möge besonders unterstrichen werden, daß der Reparationsagent feststellt, daß die Reparationszahlungen Deutschlands auch in dem Berichtszeitraum loyal und pünktlich geleistet worden sind. Das 5. Annuitätsjahr vom 1. September 1928 bis dahin 1929 ist bekanntlich das erste Normaljahr des Dawesplans, in dem die Gesamtleistung 2500 Millionen GM. zu betragen hat.

In den ersten neun Berichtsmonaten sind tatsächlich, in Goldmark ausgedrückt, transferiert worden im ausländischen Währungen 977,8 Millionen oder 58,22 Prozent, in Reichsmark-Zahlungen innerhalb Deutschlands für Sachlieferungen, Besatzungsarmeen und interalliierte Kommissionen 701,7 Mill. oder 41,78 Proz., insgesamt 1679,5 Millionen.

In Bezug auf die Haushalte des Reichs, der Länder und Gemeinden stellt der Generalagent fest, daß die Mehrzahl der öffentlichen Verwaltungen in den letzten Jahren eine Steigerung der Einnahmen, aber eine noch größere Steigerung der Ausgaben erfahren habe, so daß in großem Umfange Anleiheaufnahmen erforderlich geworden sind. Daher müsse das Finanzproblem nach normalen Prinzipien öffentlicher Finanzgebarung gelöst werden.

Die öffentliche Verschuldung des Reichs, der Länder und Gemeinden berechnet der Generalagent auf 15,6 Milliarden RM. und zwar 9 Milliarden Reichsverschuldung, 1,9 Milliarden Länderverschuldung und 4,7 Milliarden Gemeindeverschuldung.

Schließlich spricht der Generalagent die Hoffnung aus, daß, wie der Dawesplan von 1924 die vernunftgemäße Regelung des Reparationsproblems angebahnt habe, der Youngplan die endgültige Regelung bringen und die Grundlage für die weitere friedliche Wiederaufbauarbeit schaffen werde.

Schwere Erkrankung des Reichskanzlers.

Ernster Zustand nach plötzlicher Operation.

)(Berlin, 21. Juli. Aus Heidelberg wird von authentischer Seite mitgeteilt: **Reichskanzler Müller ist in Bad Mergentheim, wo er zur Kur weilte, plötzlich an einer schweren, hochfieberhaften eitrigen Gallenblasenentzündung erkrankt. Gestern wurden durch den dort behandelnden Arzt Dr. H. Haug die Geheimräte Enderlen und von Krehl aus Heidelberg und Professor Hermann Zondek aus Berlin an das Krankenlager gerufen. Die Aerzte haben dem Reichskanzler die sofortige Operation empfohlen, die am Sonntag nachmittag 5 Uhr durch Geheimrat Enderlen vorgenommen wurde. Bei der Operation zeigte sich an der Gallenblase eine Durchbruchstelle in die Bauchhöhle. Die Operation nahm einen normalen Verlauf. Der Zustand muß als ernst bezeichnet werden.**

* *

Das Befinden des Reichskanzlers.

)(Heidelberg, 21. Juli. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, war **das Befinden des Reichskanzlers in den späten Nachtstunden des Sonntags unverändert.** Zu ernsten Besorgnissen besteht vorläufig kein Anlaß.

)(Heidelberg, 22. Juli. **Reichskanzler Müller verbrachte eine angesichts der schweren Operation befriedigende Nacht. Der Zustand des Patienten ist nach wie vor ernst.**

*

Zur Krankheit des Reichskanzlers.

* Berlin. (Telunion.) Wie die Morgenblätter zu der schweren Krankheit des Reichskanzlers ergänzend melden, **mußte ein Umschwung zum Ungünstigen vor einigen Tagen festgestellt werden.** Der Kanzler fieberte anbauernd, konnte aber die Dienstgeschäfte trotzdem erledigen. Am Mittwoch verschlimmerte sich der Zustand. Der Kanzler wurde apatisch. Ein operativer Eingriff wurde aber bis Sonnabend mitternacht nicht für notwendig gehalten. In der Nacht zum Sonntag stieg die Temperatur bis 39,5. In einem Konsilium am Krankenbett wurde festgestellt, daß ein **sofortiger operativer Eingriff notwendig sei.** Die Gattin des Kanzlers wurde verständigt und reiste sofort nach Mergentheim ab. Am Sonntag hat sich längere Zeit Reichsinnenminister Severing am Krankenbette des Reichskanzlers aufgehalten. Da der Kanzler von Mergentheim aus die Geschäfte bisher weiter erledigte, wird seine **Vertretung der wehrminister Groener** übernehmen.
wehrminister Groner übernehmen.

*

Hindenburgs gute Wünsche.

Berlin. (Funkspruch.) **Staatssekretär Meißner** hat laut B. Z. **im Auftrage des Reichspräsidenten v. Hindenburg** dem Kanzler telegraphisch die Wünsche Hindenburgs für einen günstigen Verlauf und für eine möglichst baldige Genesung ausgesprochen. Ebenso hat **Reichsminister Gröner im Namen des Kabinetts** dem Kanzler die Wünsche der Reichsregierung telegraphisch übermittelt.

Festsitzung des 12. Deutschen Studententages.

)(Hannover. Im Kuppelsaal der hannoverschen Stadthalle wurde gestern vormittag die **Festsitzung anläßlich des 12. Deutschen Studententages** abgehalten, die mit dem feierlichen Einzug der Chargierten und einer Ansprache des Vorsitzenden eingeleitet wurde.

Das nächste Hauptziel, führte der Redner aus, sei die Ausmerzung der Zerrissenheit in den eigenen Reihen, die Aufrichtung von Gemeinschaft und Kameradschaft, um damit zugleich dem höheren Ziel, der Einbeziehung der Hochschulen des ganzen deutschen Sprachgebiets in eine großdeutsche Gemeinschaft, näher zu kommen.

Den Festvortrag hielt Dr. Kolbe, Berlin, vom Deutschen Studentenbund über das Thema: „Probleme deutscher Politik." Mit ausgezeichneter wissenschaftlicher und sachlicher Fundierung schilderte der Vortragende den schweren Kampf, den die deutschen Volksteile außerhalb der Reichsgrenzen um die Erhaltung ihres Deutschtums führen und hob im Anschluß daran hervor, wie sehr es auf die unermüdliche Arbeit im Sinne des großdeutschen Gedankens ankomme, um den einheitlichen Willen des ganzen Volkes nach einem großen deutschen Reiche zu wecken und zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Das Ergebnis der Heidelberger Studentenwahlen.

Die Wahlen zum allgemeinen Studentenausschuß der Universität Heidelberg endeten mit einem Erfolg der Nationalsozialisten. Von insgesamt 42 Sitzen erhielten die Freie Hochschulgruppe 4, die Sozialisten 4, die Görres-Gruppe 6, die Freien Studenten 3, die revolutionären Sozialisten 1, die Großdeutschen 14 und die Nationalsozialisten, die bisher keinen Sitz hatten, 10 Sitze. Großdeutsche und Nationalsozialisten haben jetzt im Gegensatz zu bisher die absolute Majorität.